

Stanleybet klagt gegen 'Pseudo'-Öffnung des französischen Wettmarktes

Liverpool, 4. März 2010 – Stanleybet, Europas führender grenzübergreifender Sportwettenanbieter, klagt gegen die Gesetzesänderungen bezüglich der Legalität von Sportwetten in Frankreich. Die Änderungen werden von der französischen Regierung als Öffnung des Wettmarktes bezeichnet. In der Praxis werden die Richtlinien der Einzelmärkte der Europäischen Union, die die Wahlfreiheit für Kunden bewahren, weiterhin missachtet, weil „traditionelle“ Anbieter daran gehindert werden, in den Wettmarkt einzusteigen.

Stanleybet, das europaweit über 1.700 Wettannahmestellen verfügt, erhebt Klage wegen Unterlassung der französischen Behörden, auf den von Stanleybet im Juni 2009 eingereichten Antrag für eine Sportwettenlizenz zu reagieren. Darin wurde die Außerkraftsetzung des Gesetzes gefordert, das Française des Jeux (FDJ) ein legales Monopol einräumt. Außerdem wurde gefordert, Stanleybet die Öffnung von zunächst hundert Annahmestellen in Frankreich zu genehmigen. Der Lizenzantrag blieb bisher unbeantwortet.

“Der französische Staat möchte seine eigenen Gesetze für Online-Wetten durchsetzen. Stanleybet hat keine andere Wahl, als diese Pläne vor dem Staatsrat anzufechten. Es ist ein Gerücht, dass sich der französische Markt öffnen wird. Die Mehrheit der Wetten bleibt fest und monopolistisch in der Hand des Française des Jeux und des Pari Mutuel Urbain. Nur Online-Wetten, die etwa 3 Prozent des kompletten Wettmarktes ausmachen, sollen freigegeben werden. Das EU-Gesetz ist dafür gedacht, Kunden Auswahl zu bieten. Wir möchten Frankreich dazu bringen, den Markt wirklich zu öffnen und den französischen Kunden die Wahl zu geben, die sie verdienen und auf die sie

ein Recht haben“, sagt John Whittaker, CEO von Stanleybet.

Das grenzübergreifende Geschäftsmodell von Stanleybet wurde von dem Europäischen Gerichtshof durch den Gambelli-Beschluss (2003) und den Placanica-Beschluss (2007) befürwortet. Entscheidungen, die die Öffnung des Wettmarktes in Italien, Dänemark und anderen europäischen Ländern zur Folge hatten.

“Wir bezweifeln nicht, dass sich das französische Rechtssystem so wie in Italien dem Rechtsgrundsatz beugt. Wir vertrauen darauf, dass der Staatsrat sich ernsthaft und unparteiisch um unsere Forderungen kümmert und am Ende richtig entscheidet“, sagt John Whittaker.